

Antrag

der Abg. Katrin Steinhilb-Joos u. a. SPD

Aktuelle Situation der Vertretungsreserve für Lehrkräfte

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Stellen in den vergangenen fünf Schuljahren sowie im kommenden Schuljahr für die Vertretungsreserve an den Schulen in Baden-Württemberg zur Verfügung standen bzw. stehen werden, insbesondere unter Darstellung, wie viele der Stellen auch tatsächlich besetzt waren (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr sowie nach Schularten und Schulamtsbezirken bzw. Regierungsbezirken);
2. wie viele Lehrkräfte in den vergangenen fünf Schuljahren sowie im kommenden Schuljahr in der Vertretungsreserve beschäftigt waren bzw. beschäftigt sind (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahren, Schularten und Schulamtsbezirken bzw. Regierungsbezirken);
3. wie viele Stellen aus der Vertretungsreserve in den vergangenen fünf Schuljahren bereits jeweils am ersten Schultag, nach der ersten Schulwoche und nach dem ersten Schulmonat vollständig eingesetzt wurden, auch unter Darstellung, wie viele der Lehrkräfte an anderen Schulen wie der ihr zugeordneten eingesetzt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr, Schulart sowie nach Schultag, Schulwoche und Schulmonat und unter Darstellung der absoluten Zahlen und der Zahlen in Prozent);
4. welche finanziellen Mittel sie in den vergangenen fünf Schuljahren sowie im kommenden Schuljahr für die Vertretungsreserve zur Verfügung gestellt hat bzw. stellen wird, insbesondere unter Darstellung, wie viel der Mittel auch abgeflossen sind (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr und Schulart);
5. inwiefern sie die Mittel und Stellen aus den Ziffern 1 und 4 für die Vertretungsreserve in Relation zu den langfristigen Ausfällen von Lehrkräften in den vergangenen Schuljahren für angemessen hält;
6. ob sie in den vergangenen fünf Jahren Einsparungen bei den finanziellen Mitteln und Stellen in der Vertretungsreserve vorgenommen hat (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und unter Angabe der Höhe der Einsparung);
7. ob die Einsparungen bei der Vertretungsreserve im aktuellen Doppelhaushalt dazu führen bzw. geführt haben, dass Lehrkräfte aus der Vertretungsreserve keine Verträge für das kommende Schuljahr erhalten bzw. erhalten haben;
8. bei wie vielen Lehrkräften, die in der Vertretungsreserve beschäftigt sind, in den vergangenen fünf Schuljahren sowie im aktuellen Schuljahr die Verträge zum Schuljahresende beendet wurden, sodass sie über die Sommerferien arbeitslos waren, obwohl sie im darauffolgenden Schuljahr wieder in der Vertretungsreserve benötigt wurden, insbesondere unter Darstellung, ob sie diese Praxis als wertschätzend und sinnvoll erachtet (bitte aufgeschlüsselt nach Schuljahr und Schulart);
9. wann die betroffenen Lehrkräfte nach Beendigung ihres Vertrages über ihre berufliche Zukunft, zum Beispiel in Form einer Weiterbeschäftigung in der Vertretungsreserve oder einer möglichen Festanstellung als reguläre Lehrkraft in einer Schule, informiert werden;

10. ob sie davon ausgeht, dass ungewisse Aussichten bezüglich der beruflichen Zukunft bei Lehrkräften in der Vertretungsreserve dazu führen können, dass sich die Lehrkräfte anderweitig orientieren und den Schulen im kommenden Schuljahr nicht mehr zur Verfügung stehen;
11. welche Konsequenzen eine zu niedrige Vertretungsreserve ihrer Ansicht nach für die Schulen hat, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass oftmals einzelne Fächer komplett über eine Lehrkraft aus der Vertretungsreserve abgedeckt werden;
12. in welchem Austausch sie mit Schulträgern und Schulen hinsichtlich der notwendigen Höhe der Vertretungsreserve steht;
13. welche Anzahl an Stellen sie in der Vertretungsreserve als ideal betrachtet, um Unterrichtsausfall wirksam zu bekämpfen;
14. aus welchen Gründen eine Vertretung durch die Vertretungsreserve erst ab einer Ausfallzeit von drei Wochen beantragt werden kann;
15. inwiefern sie plant, Gymnasiallehrkräfte, die ihr Referendariat abgeschlossen haben und nicht an einem Gymnasium übernommen werden, eine Stelle in der Vertretungsreserve anzubieten.

20.8.2025

Steinhülb-Joos, Dr. Fulst-Blei, Kenner, Rolland, Ranger SPD

Begründung

Laut einer forsa-Umfrage aus dem Herbst 2023 stieg die Anzahl der längerfristig erkrankten Lehrkräfte zuletzt stark an. Die GEW geht von 5 000 bis 7 000 längerfristigen Ausfällen pro Schuljahr aus. Für die Schulleitungen und Lehrkräfte ist es daher ein enormer Kraftakt, den Unterricht sicherzustellen. Auch der geplante Ausbau der Vertretungsreserve scheint mit Blick auf den hohen Unterrichtsausfall nicht ausreichend zu sein. Dieser Antrag möchte daher die Veränderungen in der Vertretungsreserve in den vergangenen sowie im kommenden Schuljahr erfragen und sich über Maßnahmen der Landesregierung informieren, die zukünftig eine sichere Unterrichtsversorgung sicherstellen sollen.